

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Zukunftssicherheit für die Krankenhäuser im Land Bremen!

Die vierzehn Krankenhäuser in Bremen und Bremerhaven in kommunaler, freigemeinnütziger oder privater Trägerschaft stellen neben anderen ambulanten und stationären Einrichtungen die medizinische Versorgung und Pflege im Land Bremen sicher und sind unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge für alle Bremerinnen und Bremer. Auch für Patienten aus dem niedersächsischen Umland sind sie wichtige Anlaufstellen. Die Beschäftigten der Krankenhäuser in Bremen und Bremerhaven leisten, trotz schwierigen Rahmenbedingungen, hervorragende Arbeit bei der Versorgung der Bevölkerung und sind eine zentrale Säule der regionalen Gesundheitswirtschaft.

Durch politische Entscheidungen der rot-grünen Landesregierung in den letzten Jahren ist der kommunale Klinikverbund Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) mit seinen vier Kliniken in erhebliche finanzielle Schieflage geraten. Alle wesentlichen Annahmen aus dem 2008 vorgelegten Sanierungskonzept haben sich vier Jahre später als falsch erwiesen. Die vorhersehbaren Risiken wurden bewusst außer Acht gelassen und externe Faktoren für das Scheitern der verantwortlichen Gesundheitspolitiker der Regierungskoalition gesucht. Das Konzept wird heute auch durch den rot-grünen Senat als zu ambitioniert und gescheitert beurteilt.

Die Tatsache, dass sowohl freigemeinnützige Kliniken als auch kommunale Kliniken in anderen Städten, z.B. in Hannover oder Rostock, schwarze Zahlen schreiben, spricht gegen die These, dass allein bundespolitische Entscheidungen für die angespannte Lage der GeNo verantwortlich sind. Neben Fehlentscheidungen der letzten Jahre ist zu bemängeln, dass das Land Bremen im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung seit Jahren seinem gesetzlichen Auftrag für die Investitionsfinanzierung auf Grund der angespannten Haushaltslage nicht adäquat nachkommt. Die Finanzierung der Krankenhausinvestitionen der kommunalen Kliniken durch Bürgschaften der Stadtgemeinde und des Landes Bremen sind als nicht ausreichend zu betrachten. Eine Verbesserung der derzeitigen Situation wird ohne eine Änderung der Rahmenbedingungen auf Landesebene und kommunaler Ebene nicht möglich sein.

Anstatt die bekannten Missstände zügig aufzuarbeiten und in ein nachhaltiges Maßnahmenpaket umzusetzen, vertröstet der rot-grüne Senat momentan die Beschäftigten der GeNo und der Kliniken sowie die Patienten aus Bremen und dem Umland. Bei der Betrachtung der regelmäßigen Berichtserstattung im Haushalts- und Finanzausschuss ist davon auszugehen, dass für die GeNo, trotz leichter Verbesserungen, monatlich etwa 2 Mio. Euro Defizit hinzukommen. Für das Jahr 2012 ist mit einem Defizit in Höhe von 24 Mio. Euro zu rechnen. Die Baukosten für den Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-Mitte (KBM) stehen aktuell mit Mehrkosten von 35 Mio. Euro zu Buche.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum 1. Dezember 2012 das bisherige Sanierungskonzept vollständig zu evaluieren und der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 1. Dezember 2012 ein neues Konzept zur Stärkung der wirtschaftlichen Basis der GeNo vorzulegen, welches die momentane Situation, die mittelfristige Planung und die langfristigen Investitionsbedarfe in den Kliniken der GeNo berücksichtigt.

Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU